Verlagsort: Dresden

Einzelpreis: In Dresden 10 Rpf. außerhalb 15 Rpf.

Der Freiheitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Ist das behördlicherseits bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Dresden sowie aller in diesem Bezirke liegenden Städte und Gemeinden, ferner der Industrie- und Handelskammer Dresden, des Polizeipräsidiums Dresden, der Amtsgerichte Dresden, Freital, Radeberg, Radebeul und Tharandt, der Landesforstdirektion Dresden, der Forstämter Klotzsche, Langebrück, Ottendorf-Okrilla, Tharandt und Weißer Hirsch, der Forstkasse Dresden, des Staatlichen Grundstücksamtes Dresden, der Staatlichen Gartenverwaltung Dresden, des Schloßverwaltamtes Dresden, des Bergamtes Dresden, der Strombaudirektion Dresden, der Wasserbaudirektion Dresden, des Straßen- und Wasserbauamtes Dresden, der Hochbaudirektion Dresden, des Reichsbauamtes Dresden, des Landesbauamtes Dresden, der Akademie für Kunstgewerbe Dresden, der Landesstelle für Kunstgewerbe Dresden, der Staatsbauschule Dresden, des Hauptsteueramtes Dresden, des Statistischen Landesamtes Dresden, des Landesveterinäramtes Dresden, der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden, des Landesamtes Marienburg, der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau Pillnitz, des Landeskulturamtes Dresden, der Anstalt für staatliche Schlachtviehversicherung Dresden, des Kunstgewerbemuseums Dresden, der Baumeisterprüfungsbehörde Dresden, des Landesfinanzamtes Dresden, der Finanzämter Dresden-Annenstraße, Dresden-Altstadt, Dresden-Marschnerstraße, Dresden-Röhrhofgasse, Dresden-Wasserstraße, Freital und Radeberg, der Hauptzollämter Dresden-A. und Dresden-N., der Zollabfertigungsstelle Dresden, des Finanzgerichts Dresden, des Gymnasiums Dresden, der Rudolf-Hildebrand-Schule Klotzsche, der Dürerschule Dresden, der Staatlichen Höheren Mädchenbildungsanstalt Dresden, der Freih.-von-Fletcherschen Aufbauschule mit Deutscher Oberschule, Dresden, der Deutschen Oberschule Dresden, der Technischen Hochschule Dresden, der Forstlichen Hochschule Tharandt, der Akademie der bildenden Künste Dresden und des Pädagogischen Instituts Dresden.

Bezugspreis: Durch Boten monatlich RM. 2.40 (einschl. 43 Rpf. bzw. 48 Rpf. Botengeld), durch die Post monatlich RM. 2.40 (zuzüglich 42 Rpf. Bestellgeld), bei Abholung in unserer Geschäftsstelle RM. 2.30. Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Rückerstattung der Bezugsgebühren oder auf Ersatzlieferung

Nr. 105, Dienstag, 16. April 1935

Anzeigenpreise laut amtl. Tarif Nr. 7. Anzeigenschluß: Am Tage vor Erscheinen 15.30 Uhr, für die Sonntagsausgabe Freitags 17 Uhr, für die Montagsausgabe Sonnabends 15.30 Uhr. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen G. m. b. H., Dresden-A. 1, Wettinerplatz 10, Postscheck-Konto: Dresden Nr. 39 175. Geschäftszeit 8 bis 18 Uhr. Sprechzeit der Redaktion 11 bis 12 Uhr außer Sonnabends. Tel. Sammelruf 25 801 u. 25 251

Bescheidener Beginn im Genfer Rat

Schwere Ausschreitungen gegen Deutsche in Polen - Die Festnahme des Landesverräters Salomon - Letzte Stimmen über Stresa

Kaum begonnen - schon vertagt

Die französische Denkschrift wurde noch nicht behandelt

Genf, 15. April.

Gegen 15,30 Uhr am Montag trafen die Abordnungen der im Völkerbundsrat vertretenen Mächte im Völkerbundshaus ein. Als einer der ersten war Außenkommissar Litwinow-Finkelstein zur Stelle. Kurze Zeit später erschien Außenminister Laval. Staatssekretär Sir John Simon hatte sich etwas verspätet, weil er die englische Presse vorher empfangen hatte, um einige Erklärungen über die Konferenz von Stresa abzugeben.

Entgegen den allgemeinen Erwartungen drehte sich die geheime Ratsverhandlung nicht um die Frage, die im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses steht, sondern ausschließlich um die abessinische Forderung, die außerordentliche Ratstagung mit dem Appell Abessiniens zu beschäftigen. Man suchte einen Weg zu finden, sich dieser Frage einstweilen zu entledigen. Baron Aloisi erklärte, daß Italien nunmehr bereit sei, in kürzester Frist zwei Schiedsrichter ernennen zu lassen. Der Ratspräsident, der türkische Außenminister Rüschtü Aras, erklärte, daß die Erklärung der beiden Parteien in friedfertigem Geiste abgegeben worden seien. Dadurch sei der Wille ausgedrückt worden, dem Geist und Buchstaben nach den Schiedsgerichtsvertrag zwischen Italien und Abessinien anzuwenden. Unter diesen Umständen sei es nicht notwendig, die Frage auf die Tagesordnung der außerordentlichen Ratssitzung zu setzen. (Das ist ein so bequemer Ausweg, wie ihn nur der Völkerbund zu finden vermag, der sich grundsätzlich vor jeder Entscheidung drückt!)

Die Tatsache, daß der Rat noch nicht zu dem wichtigsten Punkt seiner Tagesordnung, nämlich der Klage Frankreichs, überging, wird allgemein darauf zurückgeführt, daß die Vorbesprechungen noch nicht weit genug gediehen sind, um einer allgemeinen Erörterung in geheimer Ratssitzung standzuhalten. Man hat sich darüber klar werden müssen, daß unter den 15 Ratsmächten viele sind, die sich nicht unbedingt einem Diktat gewisser Mächte unterwerfen wollen. Allgemein wird damit gerechnet, daß eine Entschließung, die Aussicht auf die erforderliche Einstimmigkeit haben soll, ziemlich gemäßigt abgefaßt werden müsse.

Einstweilen ist geplant, die nächste geheime Ratssitzung am Dienstag früh um 11 Uhr abzuhalten.

Man nimmt die Beziehungen auf

Erste Vormittagsgespräche in Genf

Genf, 15. April.

Außenminister Laval hatte am Vormittag Besprechungen mit dem sowjetrussischen Volkskommissar Litwinow und mit den Vertretern der Kleinen Entente. Außerdem hatte er noch eine Unterredung mit dem spanischen Delegierten Madariaga, der als Berichterstatter für die französische Klage beim Völkerbund vorgesehen ist. Viel beachtet wurde die Tätigkeit der schon vorher hier eingetroffenen Außenminister und Delegierten der Kleinen Entente und des Balkanbundes sowie des russischen Außenkommissars. Offenbar liegt hier das Bestreben vor, sich in der Durchführung der Beschlüsse soweit wie nur möglich einzuschalten.

Während Außenminister Laval bereits am Sonntagabend in Genf eingetroffen ist, kam der Außenminister Sir John Simon erst Montag morgen an. Auch der italienische Delegierte Aloisi und der polnische Außenminister Beck sind am Vormittag zur Ratstagung in Genf erschienen. Auch der österreichische Außenminister Berger-Waldenegg ist nach Genf abgereist.

Der französische Außenminister Laval veranstaltete mittags ein Frühstück, zu dem die Außenminister Rumäniens, Südslawiens, der Tschechei, der Türkei und der griechische Gesandte in Paris geladen waren.

*

In der Ratssitzung am Dienstag wird, wie am Montagabend aus französischen Kreisen verlautet, ein Dreierausschuß eingesetzt werden, der den Entschließungsentwurf des Rates zur französischen Klage an den Völkerbund wegen der Einführung der Wehrpflicht in Deutschland ausarbeiten soll. Dieser Dreierausschuß wird sich aus dem Spanier Madariaga, dem dänischen Außenminister Munch und dem Vertreter Chiles, Rinas Vicuna, zusammensetzen.

*

Paris, 15. April.

Anfang Mai wird sich der französische Luftfahrtminister General Denain nach Rom begeben, um sich mit Mussolini über die Ausarbeitung des zweiseitigen Luftabkommens zwischen Frankreich und Italien zu unterhalten.

Ein neuer Treuebeweis für den Führer

Die ersten Ergebnisse der Vertrauensratswahlen

Berlin, 15. April.

Noch liegen nicht alle Ergebnisse der am 12. April stattgefundenen Vertrauensratswahlen vor, jedoch läßt sich schon jetzt an Hand der aus allen Teilen Deutschlands einlaufenden Ziffern mit Bestimmtheit sagen, daß sich das schaffende Deutschland mit einer überwältigenden Mehrheit zu der vom Führer begründeten nationalsozialistischen Sozialordnung bekannt hat.

So meldet z. B. Siemens-Berlin, in dessen riesigen Betrieben 52 000 deutsche Volksgenossen ihr Brot verdienen, 83 v. H. Ja-Stimmen bei 91 v. H. abgegebenen Stimmen. Von weiteren Berliner Betrieben sei Borsig erwähnt, wo von 9033 Wahlberechtigten 8843 mit Ja stimmten. Die Berliner Städtischen Gaswerke melden 6061 Ja-Stimmen bei 6598 Wahlberechtigten Lorenz 4915 Ja-Stimmen bei 5807 Wahlberechtigten.

Auch die Betriebe des ehemals roten Hamburgs haben sich in überwältigender Weise zum neuen Deutschland bekannt. Von der 10 000 Mann starken Belegschaft der Werft Blohm & Voß stimmten 81 v. H. mit Ja, während die Gefolgschaft der Hamburger Hochbahn-AG., die ebenfalls 10 000 Mann stark ist, 80 v. H. Ja-Stimmen meldet. Von den 6568 Volksgenossen, die in den Hamburger Hafenbetrieben beschäftigt sind, stimmten 82 v. H. mit Ja.

Aus Westfalen-Süd liegen vorläufig nur Teilergebnisse vor, die jedoch durchweg einen besonders hohen Hundertsatz von Ja-Stimmen aufweisen.

So kann der Bochumer Verein 93,4 v. H. Ja-Stimmen melden, die Berghau-AG. Lothringen sogar 95 v. H. Aus dem Wahlkreise Leipzig seien die Wanderer-Werke genannt, wo von 5353 Wahlberechtigten 4781 mit Ja und nur 98 mit Nein stimmten.

Im Kreise Halle-Merseburg melden die J. G. Farben-Bitterfeld 90 v. H. Ja-Stimmen und die Leunawerke in Merseburg, die eine Gefolgschaft von 15 472 Mann beschäftigen, 88,1 v. H.

Ein glänzender Vertrauensbeweis

Berlin, 15. April.

Pg. Hans Goebbels, der Generaldirektor der Provinzial-Feuer- und Lebensversicherungsanstalten der Rheinprovinz in Düsseldorf, hat bei den Vertrauensratswahlen als Betriebsführer durch eine geheime Abstimmung die Vertrauensfrage an seine Arbeitsgefolgschaft gestellt. Alle im Dienste anwesenden Männer und Frauen der Gefolgschaft nahmen geschlossen an der Wahl teil und sprachen mit 424 Stimmen einstimmig ihrem Betriebsführer das volle Vertrauen aus. Die Vertrauensräte wurden mit der überwältigenden Mehrheit von durchschnittlich 97,02 Prozent gewählt. Pg. Goebbels sprach seiner Arbeitsgefolgschaft Dank und Anerkennung für diesen Beweis des Vertrauens, der Treue und der Kameradschaft aus und erneuerte das Gelöbnis, seine Gefolgschaft im Geiste unseres Führers und Volkskanzlers in eine bessere Zeit zu führen.

Deutsche in Pommerellen mißhandelt

Drei Deutsche schwerverletzt - Hunderte von Fensterscheiben eingeschlagen

Danzig, 15. April.

In Neustadt (Pommerellen) und Klein-Katz an der Danziger Grenze ist es zu sehr bedauerlichen Ausschreitungen gegenüber der dortigen deutschen Minderheit gekommen.

Nach einer Versammlung in Neustadt zogen die Teilnehmer unter Führung des Bürgermeisters durch die Stadt, wobei es zu schweren Ausschreitungen gegen Deutsche kam. Hunderte von Fensterscheiben deutscher Wohnungen wurden eingeschlagen, Pistolenschüsse abgefeuert und Angehörige der deutschen Volksgruppe mißhandelt.

Auch in Klein-Katz, einem kleinen Orte unmittelbar an der Danziger Grenze bei Zoppot, kam es zu ähnlichen Ausschreitungen, deren Folgen so ernst waren, daß ein Zoppoter Arzt zur Hilfeleistung für die Verletzten herbeigerufen wurde. Drei Deutsche wurden in sehr ernstem Zustande in eine Zoppoter Klinik eingeliefert; der Zustand eines Verletzten ist nach Auskunft der Klinik hoffnungslos, während der Zustand eines zweiten als lebensgefährlich bezeichnet wird.

Von polnischer Seite werden die Vorgänge nicht bestritten. In einer offiziösen polnischen Auslassung wird dem Bedauern über diese Zwischenfälle Ausdruck gegeben.

Ein Todesopfer zu beklagen

Danzig, 15. April.

Der bei den Ausschreitungen polnischer Gruppen in Klein-Katz (Pommerellen) durch Messerstiche schwerverletzte Angehörige der deutschen Minderheit, Fritz Groen, ist am Montagnachmittag in einer Klinik in Zoppot seinen Verletzungen erlegen.

Ein unzuständiges Gericht

Die Reise von Stresa nach Genf ist mehr als ein Szenenwechsel. Während der deutsche Beobachter unvoreingenommen den Verhandlungen in Stresa folgte und, ohne selbst betroffen zu sein, mit aller Sachlichkeit am Ende feststellen mußte, daß das Ergebnis dürftig und unklar gewesen ist, so liegen die Dinge bei den Beratungen, die am Montag in Genf begannen, ganz anders. Hier tritt Frankreich gleichzeitig als Kläger und Staatsanwalt gegen das Reich auf, hier möchte sich der Völkerbundsrat zum Richter aufschwingen. Die Verkündung der deutschen Wehrhoheit vom 16. März soll in einem förmlichen Prozeß zum Vorwand genommen werden, Deutschland moralisch und politisch zu verurteilen. Wir haben gestern bereits an dieser Stelle ausführlich zu den einzelnen Punkten der französischen „Anklageschrift" Stellung genommen. Heute bleibt uns noch übrig, das Verfahren als das zu kennzeichnen, was es ist. Wir müssen dem Völkerbundsrate jedes Recht absprechen, über uns zu Gericht zu sitzen. Er allein ist der einzig Schuldige an den Verhältnissen, die zu der deutschen Tat vom 16. März getrieben haben. Es war die vornehmste Aufgabe des Völkerbundsrates, die Abrüstung zu fördern und durchzuführen. In 16 langen Jahren hat dieser Rat nichts erreicht, auf seine Veranlassung ist nirgendwo in der Welt auch nur ein Bajonett zerbrochen worden. Stets hat sich der Völkerbund neuer Versäumnisse schuldig gemacht, niemals hat er praktische Arbeit auf dem Gebiete der Rüstungen geleistet. Nie hat er es überhaupt gewagt, eine politische Angelegenheit nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu beurteilen, immer war er das Instrument der Gewaltpolitik. Wenn jemals etwas in der Rüstungsbeschränkung erreicht wurde, dann nicht in Genf und nicht auf Veranlassung des Völkerbunds. An den großen Flottenabkommen von Washington und London war der Völkerbund unbeteiligt.

Einer solchen Organisation steht ebensowenig das Recht des Richters zu wie Frankreich mit gutem Rechte als Kläger auftreten kann. Wir haben an dieser Stelle in der letzten Zeit immer wieder nachgewiesen, daß nicht Deutschland „einseitig" die Verträge aufgekündigt habe, sondern daß die andere Seite einseitig und unbegründet feierliche Verpflichtungen, die sie übernommen hatte, nicht innehielt. Mit dem Bruch der dem deutschen Volke zugesicherten Erfüllung der 14 Punkte Wilsons begann die ununterbrochene Kette der Verletzungen gegebener Erklärungen. Der Versailler Vertrag, das Protokoll von Locarno und andere mit allen Siegeln diplomatischer Verpflichtungen versehene Dokumente wurden wie Fetzen Papier behandelt, die letzte große Erklärung der deutschen Gleichberechtigung vom 11. Dezember 1932 wurde noch im gleichen Jahre verletzt. Staaten, die diese Politik getrieben haben, sind nicht berechtigt, uns jetzt Ereignisse vorzuwerfen, die sich ganz zwangsläufig aus der bewußten Verletzung aller feierlichen Versprechungen ergeben mußten.

Auch in der öffentlichen Meinung des Auslandes dringt die französische Anklageschrift nicht mehr durch. Interessant ist die Stellungnahme der Londoner „Times" zu dieser Frage. Das große, in gewissem Sinne halbamtliche Blatt schreibt, daß jeder Gerechtdenkende anerkennen müsse, daß die Verletzung eines Diktates etwas anderes sei als die Verletzung eines freiwillig abgeschlossenen Vertrages. Deutschland sei, abgesehen von dem Abrüstungsversprechen der ehemaligen Alliierten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417178867-19350416/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG